Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3294. — Expedition: Amt Lützow 3243.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Petitrettamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 296. [51. Jahrgang.] Sonntag den 17. Dezember 1911. Erste (Abend-)Ausgabe. [51. Jahrgang.] Nr. 296.

Berlin, den 16. Dezember.

Rückblicke.

Die Erklärung der Kurie, wonach das päpstliche Motu proprio „Quantavis diligentia" Deutschland nicht berührt, ist von unserer öffentlichen Meinung fast überall mit Befriedigung aufgenommen worden. Nur vereinzelt finden sich Kritiken, die nicht sachlich motiviert sind, sondern sich auf künstlich herbeigeholte Gründe stützen. Man mäkelt z. B. an der Form der vatikanischen Erklärung und möchte sie in eine unverbindliche Aeußerung des Kardinalstaatssekretärs umdeuten. Eine solche Verdunkelung des Tatbestandes ist aber angesichts der Umstände, unter denen die Erklärung herbeigeführt wurde, unmöglich. Sie wurde von der für den Verkehr der Regierungen mit dem Papste zuständigen Stelle auf eine amtliche Anfrage des preußischen Gesandten in ebenso amtlicher Weise mündlich und schriftlich abgegeben. Sie ist eine authentische Beurkundung dafür, daß die Kurie selbst dem Motu proprio eine Bedeutung für Deutschland nicht beilegt. Darauf, auf die Feststellung der Nichtgültigkeit für Deutschland, kam es an, und darauf war auch die Anfrage gestellt. Nach der formellen Erklärung des Kardinalstaatssekretärs, wonach schon nach Interpretation des kanonischen Rechts das Motu proprio für Deutschland nicht gilt, war es auch nicht mehr nötig, dieser Interpretation die Rücksicht auf Verfassung und Gesetze zur Seite zu stellen, an die die preußische Regierung gebunden ist.

* * *

Der nun schon mehr als drei Jahre tobende Kampf um die Finanzgesetzgebung von 1909 und deren Wirkungen hat in der ausländischen Presse zu den abenteuerlichsten Gerüchten über eine Finanznot des Reichs geführt. Diesen, den Stempel der Unrichtigkeit an der Stirn tragenden Nachrichten ausdrücklich entgegenzutreten, verlohnt kaum der Mühe, wohl aber kann ein Rückblick auf die Aufgaben, welche der gegenwärtigen Finanzgebarung gestellt sind, und auf das bisher Erreichte zur Aufklärung beitragen. Die Sanierung sollte durch drei Maßnahmen erreicht werden: Beschränkung der Ausgaben, Erhöhung der Einnahmen und systematische Schuldentilgung. Durch Beschränkung aller Ausgaben auf die unvermeidbaren wollte man den Gesamtbedarf im Jahre 1911 auf rund 2750 Millionen, im Jahre 1912 auf rund 2850 Millionen halten. In Wirklichkeit steht der Etat für 1911 (abzüglich der nur rechnungsmäßig erscheinenden Ueberweisungen an die Bundesstaaten) mit 2750 Millionen Mark Ausgaben vor, und der Etatsentwurf für 1912 bleibt innerhalb der gesteckten Grenze. Die Erhöhung der Einnahmen sollte durch neue Steuern, von denen man im Beharrungszustande einen Ertrag von 417 Millionen erhoffte, und durch Erhöhung der Matrikularbeiträge von 40 auf 80 ℳ auf den Kopf der Bevölkerung erreicht werden. Trotzdem der Beharrungszustand, wo neue Steuern noch nicht eingetreten ist, werden ihre Erträgnisse im Jahre 1911 nicht wesentlich dahinter zurückbleiben, und die angenommene Höhe der Matrikularbeiträge ist bisher nicht überschritten, wird auch im Etatsentwurfe für 1912 nicht überschritten werden. Die Reichsschulden, die von 1877 bis 1909 ununterbrochen gestiegen, insbesondere von 1900 bis 1909 in raschen Sprüngen von 2300 auf 5000 Millionen Mark emporgerollt waren, haben sich in der Zeit vom 30. September 1910 bis dahin 1911 um 108 160 400 ℳ verringert. Außerdem sind von den am 1. Oktober 1911 fällig gewordenen verzinslichen Schatzanweisungen von 1908 im Gesamtbetrage von 100 Millionen Mark 40 Millionen bar eingelöst. Von der Ermächtigung, zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel Schatzanweisungen auszugeben, ist in bedeutend geringerem Umfange als früher Gebrauch gemacht. Während im Jahre 1909 gleichzeitig mehr als 600 Millionen ausgegeben waren, hält sich der Stand jetzt seit lange unter 100 Millionen und ist vorübergehend bis unter 50 Millionen gesunken.

Der in den Etatsentwürfen vorgesehene Anleihebedarf ist seit 1909 ständig um rund 50 Millionen gefallen. „Im Jahre 1911 waren es noch 97 Millionen, der Etatsentwurf für 1912 hat, wie jetzt als feststehend erachtet werden darf, 43,7 Millionen in Aussicht genommen.

Von den Anleiheermächtigungen der Jahre 1910 und 1911 ist kein Gebrauch gemacht. Gewiß wird man von einer völligen Lösung der Aufgabe erst sprechen können, wenn alle auf den außerordentlichen Etat nicht gehörenden Ausgaben auf den ordentlichen Etat übergegangen sind. Angesichts der mitgeteilten Tatsachen ist aber nicht zu bestreiten, daß wir schneller vorwärts gekommen sind, als man im Jahre 1909 hoffte. Die ausländische Presse braucht sich also um Deutschlands finanzielle Lage keinerlei Sorge zu machen.

* * *

Bei näherem Eingehen auf die Meldungen zum Stand der Reichstagswahlbewegung ergeben sich bis jetzt nur wenige Momente, die als im weiterreichenden Sinne symptomatisch anzusprechen wären. Von Wahlaufrufen politischer Parteien waren bei des Zentrums und derjenige des Bundes der Landwirte zu verzeichnen; zu einer breiteren Auseinandersetzung darüber scheint es jedoch in der Presse vorerst nicht zu kommen. Selbstverständlich beschäftigt sich die Agitation bei der vorgeschrittenen Zeit überall mit der Wählerschaft des einzelnen Wahlkreises und paßt sich dort den besonderen Verhältnissen bzw. Gruppierungen an. Ziemlich energisch geschieht das in Magdeburg, wo die vereinigten bürgerlichen Parteien für den bisherigen Abgeordneten Kobelt eintreten, was die sozialdemokratischen Gegner denn zu den bei ihnen gebräuchlichen Kampfesmitteln greifen läßt. Zwar suchen die „Genossen" jetzt nach einem besseren Anstrich für ihre Polemik, doch wohl von der Ueberzeugung geleitet, daß die älteren Schlagwörter nun endlich verbraucht waren. Aber diese dürften sich um so rascher wieder geltend machen, je näher die Entscheidung rückt. Denn es fehlt dem politischen Radikalismus, wie längst bekannt und eingestanden, nach wie vor an präsentablen Vertretern, die strengeren Anforderungen genügen können; überdies sind die „Massen" nicht leicht an neue Stichworte zu gewöhnen und erkennen womöglich den alten groben Gemeinplatz gar nicht wieder, wenn er in verhältnismäßig gesittiger Umschreibung auftaucht. So konnte schon jetzt der sozialdemokratische Kandidat für Magdeburg, Rechtsanwalt Landsberg, sein zeitgemäßes Gelöbnis, von persönlicher Verunglimpfung des Gegners absehen zu wollen, nicht restlos innehalten, sondern er kam dem Verständnis seiner Gefolgschaft lieber entgegen, indem er Herrn Kobelt einen Strauen aller der Parteien zuzieht schalt, die ihn unterstützen. Darauf hat der Angegriffene in einer Versammlung entgegnet, daß er seiner bisher Parteien irgendwelche Versprechungen oder Zusagen gemacht habe und keinerlei auf parteiprogrammgemäße Forderungen bezügliche Verpflichtungen eingegangen sei. Derartige Verpflichtungen würde er rundweg ablehnen müssen, weil er sie bei der Verschiedenartigkeit des Auffassungen und Interessen nicht in der Lage sein würde, sie samt und sonders zu erfüllen. Stellten heut die bürgerlichen Parteien irgendwo eine gemeinsame Kandidatur auf, so geschehe es aus dem Gefühl der übereinstimmenden Gegnerschaft gegen die Partei, die jede bürgerliche Richtung mit der gleichen Leidenschaft bekämpfe, die alle zusammen eine reaktionäre Masse, den bürgerlichen Klüngel, die herrschsüchtigen, brutalen, rücksichtslosen Unterdrücker nenne, die alles, was bürgerlicher Gemeinsinn und Unternehmungsgeist geschaffen hat, als nichts hinstelle, die von allem, was sie nicht selbst erdaut und überrichtet, behaupte, es sei wert, daß es zugrunde gehe. Dieser Art der sozialdemokratischen Parteiarbeit habe man es zu danken, wenn die bürgerlichen Parteirichtungen in manchen Dingen einig sind und Parteisonderwünsche zurückstellen, einig gegenüber der sozialdemokratischen Kampffront. Wird diese Erscheinung den „Genossen" unangenehm, so mögen sie dabei bedenken, daß ihr eigenes Verhalten den ausschlaggebenden Anlaß dazu bildet.

Daneben muß freilich auch angemerkt werden, daß es nicht überall erst des sozialdemokratischen Gegendruckes bedurfte, um der entsprechenden Einsicht Raum zu schaffen. Vor einer liberale Wählerversammlung in Kulmsee führte der bisherige nationalliberale Reichstagsabgeordnete, Bankdirektor Orth aus, ein wie großes Verdienst sich die Parteien um die Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes erworben hätten, die der Reichsfinanzreform zur Einführung verhalfen. Es würde nur unehrlich sein, diese Wahrheit zu bestreiten. Nunmehr seien die Ausgaben und Einnahmen des Reiches auf einen festen Fuß gestellt, die unsicheren finanziellen Verhältnisse aber, unter denen unser Ansehen im Auslande schon bedenklich gelitten hatte, wären beseitigt. Der Redner sprach die Ueberzeugung aus, daß man mit dem Geschehenen sich in nicht zu langer Zeit vollendes abfinden werde.

Man Anfang an haben sich die Führerkreise der liberalen Parteien wohl nicht verhehlt, daß ihre Absicht, bei den Reichstagswahlen geeint vorzugehen, in mehreren größeren Bezirken auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde. Das hat sich neuerdings wieder im Großherzogtum Hessen gezeigt. Dort war von der fortschrittlichen Volkspartei für eine Einigung im ganzen Lande an die Nationalliberalen das Verlangen gestellt worden, die Kandidatur Dr. Beckers in Bingen-Alzey als keine nationalliberale zu bezeichnen. Da diese Bedingung aber von geschäftsführenden Ausschuß der nationalliberalen Partei als beleidigend sowohl für die Person des Dr. Becker als auch für die nationalliberalen Vertrauensmänner jenes Wahlkreises bezeichnet worden war, hatte der engere Ausschuß der fortschrittlichen Volkspartei diese Bedingung modifiziert, als Grundlage für weitere Verhandlungen aber folgenden Satz aufgestellt: „Der Landesausschuß der fortschrittlichen Volkspartei für das Großherzogtum Hessen ist so lange außer stande, auch nur einer einzigen fortschrittlichen Wahlkreisorganisation die Zurückziehung ihres Reichstagskandidaten und die Unterstützung nationalliberaler Kandidaten mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg anzuempfehlen, als nicht die nationalliberale Partei durch öffentliche Aufforderung an die Nationalliberalen im Wahlkreis Alzey-Bingen zum Zurückziehen ihres Kandidaten und zur Unterstützung der fortschrittlichen Kandidatur den deutlichen Beweis dafür erbringt, daß es ihr mit einem gemeinsamen Kampf zusammen mit der fortschrittlichen Volkspartei im Interesse liberaler Politik Ernst ist, und daß sie antiliberale Tendenzen in ihren Reihen nicht billigt." — Vom Ausschuß der nationalliberalen Partei wurde jedoch in dieser Modifikation nur eine Verschärfung der fortschrittlichen Forderungen erblickt. Während diese früher nur verlangten, daß die Kandidatur Dr. Becker nicht als nationalliberal bezeichnet werde, bestände man jetzt nicht nur auf Zurückziehung dieses Kandidaten, sondern sogar auf Unterstützung des Fortschrittlers. Darin liege die Verschärfung, zumal bereits früher erklärt worden sei, daß die nationalliberale Parteileitung nicht über den Kopf der Vertrauensmänner Entscheidungen treffen könne. Weiter wurde hervorgehoben, daß auch die Einigung in anderen Wahlkreisen, wie zum Beispiel der Austausch zwischen Gießen und Alsfeld, gescheitert sei. Die Nationalliberalen in Gießen hätten bei ihrer Zustimmung zur Unterstützung der fortschrittlichen Kandidatur damit gerechnet, daß die fortschrittliche Kandidatur in Alsfeld-Lauterbach zurückgezogen werde. Hier aber habe die fortschrittliche Volkspartei bereits erklärt, daß sie nicht an eine Zurückziehung denke, und diese Erklärung sei nicht etwa mit Rücksicht auf den obigen Beschluß geschehen, sondern ohne eine Verbindung mit diesem. Gerade ein solches Vorgehen der fortschrittlichen Volkspartei in Gießen und Alsfeld lasse den Zweifel aufkommen, ob dort überhaupt eine ernstliche Absicht für ein Zusammengehen bestanden habe. Die Erklärung des geschäftsführenden Ausschusses der nationalliberalen Partei schließt mit dem Bedauern über das Scheitern der Einigung, die doch einfach gewesen wäre. An gutem Willen der Nationalliberalen habe es jedenfalls nicht gefehlt. — Hierzu schreibt die „Frankfurter Zeitung" versimmt:

„In Wirklichkeit zeigt das Verhalten der Nationalliberalen, daß sich die hessischen Nationalliberalen nicht dazu aufschwingen können, in die liberale Front der nationalliberalen Partei im Reiche einzuschwenken und sich von den Parteien des schwarzblauen Blockes zu lösen. Daß man diesen Rückzug mit so armseligen Argumenten decken muß, beweist, wie weit es mit dem inneren Zerbröckelungsprozeß des hessischen Nationalliberalismus schon gekommen ist." „In den Kreisen, die in solcher Weise kritisiert worden sind, sieht man aber vermutlich die entgegengesetzte Folgerung. Die Bewertung von Argumenten anderer Parteien kann eben während eines Wahlkampfes nicht vorweg Anspruch auf entscheidende Geltung erheben.

* * *

In ihrem Bestreben, die Wählerschaft aufzuheben, verschmäht die Sozialdemokratie auch die albernsten Mittel nicht. So schildert der „Vorwärts" in seiner letzten Donnerstagsnummer unter der Ueberschrift „Schutz dem nationalen Fusel" eine „Reichstagssitzung vom 31. Dezember 1911", worin das Haus zunächst das Andenken „des verdorbenen Abg. Schnapsblock (kons.)" durch Herantreten an den Bundesratstisch und eifriges Zuprechen ehrt. Dann werden dem Reichskanzler in Beantwortung einer „Interpellation Oldenburg u. Gen. (kons.), betreffend den sozialdemokratischen Schnapsboykott" folgende Worte in den Mund gelegt: Der sozialdemokratische Terrorismus zeigt sich beim Branntweinboykott in seiner schlimmsten Gestalt. Erstens wird das Herz der Landwirtschaft untergraben, zweitens wird den arbeitenden Volksmassen ein nahrhaftes und erquickendes Getränk entzogen, und drittens fließen die Groschen, die sich die Arbeiter vom Munde absparen müssen, in die Parteikasse. Die Regierung hat sich in Erwägung der Gefahren, die der Sicherheit des Vaterlandes drohen, entschlossen, einen Gesetzentwurf einzubringen, der den Branntweingenuß obligatorisch macht. (Brausender Beifall und Händeklatschen rechts und im Zentrum.) Die Regierungsvorlage wird Zuchthausstrafe für jeden vorsehen, der andere am freiwilligen Saufen hindert. (Stürmisches Braval!) Die Regierung rechnet auf die Unterstützung aller national gesinnten Parteien. (Langanhaltender Beifall rechts, in der Mitte und bei den Liberalen.)

Man sollte es kaum für möglich halten, daß die Redaktion des „Vorwärts" im Ernste glaubt, mit solchen Albernheiten Eindruck machen zu können. Der Urteilsfähigkeit ihrer Leser stellt sie mit dieser Annahme jedenfalls ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis aus.

* * *

Eine die billige Erwartung weit übertreffende Arbeit nach ganz bestimmter Richtung ist in dem sozialdemokratischen Wahlaufruf geleistet worden. Die politische Presse aller bürgerlichen Parteischattierungen mit üblicher Ausnahme der „demokratischen", die ihren Ablösungsprozeß vollzieht, erkennt an, daß die Führerschaft der Sozialdemokratie diesmal über ihre bloße Verscheierungstaktik beträchtlich hinausgegangen ist und die Endziele der Partei vielmehr verleugnen will. Schon ist näher belegt worden, in welch schreienden Gegensatz sich die Ausführungen des Aufrufs zu dem Erfurter Parteiprogramm stellen. Der ehrliche alte Zukunftsstaat macht unversehens einem ganz anderen Ausblick Platz: die höhere sozialistische Ordnung soll es sein, die da kommen wird, und sie bedarf keiner Revolution, sondern nur der Förderung. „Den Weg dazu bahnt die kapitalistische Entwicklung selbst, die alle Keime für eine neue Gesellschaft in sich trägt." Man sieht, daß die Zubilligung aller" dieser Keime an einen der Sozialdemokratie fremden Boden den springenden Punkt und zugleich die radikale Verneinung dessen enthält, was sonst als spezifisch sozialistische Gedankenwelt und als die völkerbefreienden Ideen einer Produktion gefeiert wurde. Die gewandten Diskektiker der Partei haben hier mehr geleistet, als irgendein Mensch ihnen zutrauen kann und soll. Man merke, so hebt die „Braunschweigische Landeszeitung" in einer treffenden Kritik des Machwerks hervor, es keiner Partei zumuten, daß sie gerade die zu Gewinnenden mit der Nase auf die häßliche Kehrseite ihrer letzten Absichten stoße. „Aber man wird es als eine Pflicht politischen Anstandes fordern dürfen, daß sie sich zu ihrem seierlich und offiziell festgelegten Parteiprogramm besonders dann auch ehrlich bekennt, wenn die Zeit des Wählerfanges gekommen ist. Der vom sozialdemokratischen Parteivorstand und von der Reichstagsfraktion veröffentlichte Wahlaufruf ist, unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, ein grandioses Zeugnis politischer Unehrlichkeit, ein Dokument planmäßiger Massentäuschung, das ohne Beispiel dasteht. Der revolutionäre, der republikanische, der auf den Umsturz der bestehenden Wirtschaftsordnung gerichtete Geist dieser Partei ist im Nebel verschwunden, und an seiner Stelle spricht aus dem Aufruf jener harmlose Geist einer bürgerlichen Reformpartei zu denen, welche nicht alle werden. Dieses klassische Manifest zerfällt nämlich in einen scheltenden und in einen fordernden Teil. Im ersteren findet man die bekannten, platten Gemeinplätze von dem bedrückten, ausgeplünderten und unter beständigem Steuerdruck seufzenden Volke usw. Wem gegenüber auch der Entstellung und unwahren Herabwürdigung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung, obschon gerade das Jahr 1911 mit der Reichsversicherungsordnung eine Vermehrung unserer Ausgaben für die Arbeiterversicherung um 180 Millionen jährlich brachte, sodaß die Sozialfürsorge des bürgerlichen und monarchischen Staates fortab pro Anno eine runde Milliarde Mark voraussagen wird. Daß das verhöhnt und von den Arbeitern verkehrt wird, ist bekannt und war nicht anders zu erwarten. Auf den Dank der Sozialdemokratie hat wohl niemand gerechnet. Aber daß sie in diesem Wahlaufruf es wagt, den „Wählern Deutschlands" völlig irreführende Angaben über ihre eigentlichen Ziele zu machen, das ist ein starkes Stück und verdient niedriger gehängt zu werden. Natürlich sind die smarten Verfasser dieses Schriftstückes gerissen genug, sich vor positio unwahren Angaben zu hüten. Der zweite, der fordernde Teil begeht aber deshalb eine intellektuelle Düperung, weil er aus dem sozialdemokratischen Programm nur solche Forderungen anführt, wie sie zum guten Teil auch die bürgerlichen Radikalen unterschreiben könnten und würden. „Demokratisierung des Staates", Ausdehnung des Reichswahlrechts, Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems, „Organisierung der Landesverteidigung auf demokratischer Grundlage" (wobei selbst das sonst so verpönte Milisystem verschwunden ist), eine Reihe sozialpolitischer Forderungen, Abschaffung der Zölle und ähnliche, verhältnismäßig „unschuldige" Wünsche. Bei solchem Programm, so höhnt der Aufruf die Wählerschaft, wollt Ihr die Sozialdemokraten Umstürzler nennen?

Welch törichter Vorwurf!" In der Tat: töricht? Nun, Parteivorstand und Reichstagsfraktion verschweigen geflissentlich ihre Forderung nach Abschaffung, eventuell selbst gewaltsamer Beseitigung der Königs- und Fürstengewalt, zu der Hebel, Rosse, Dr. Frank nebst der gesamten sonstigen Sozialdemokratie sich oft genug bekannten. Sie verschweigen den allerwichtigsten Teil des Erfurter Programms: die Umwandlung (Konfiskation) des Privateigentums in Gesellschaftsbesitz, die bekanntlich bis zur Bauernscholle, den Werkzeugen des Arbeiters und den Rohstoffen des Kleinhandwerkers gehen soll, den Umsturz der heutigen und die Einführung der kollektivistischen Wirtschaftsform mit ihrer zuchthausartigen Regelung der Einzelarbeit; kurz, sie unterdrücken das revolutionäre, internationale, vaterlands-, kirchen-, bauern- und mittelstandsfeindliche Grundprinzip ihrer Partei. Aber die äußerliche Lammfrommheit ist diesmal Trumpf. Sie geht so weit, dem Mittelstand kleinen Grundbesitz in Stadt und Land (indirekt und doch unabstreitbar) Schonung zuzusagen, über die Staatsform jedoch ganz zu schweigen.

Sicherer und zugleich genetisch erklärt wird das Bild, sowie man sich in der Praxis der „Genossen" nach gleichwertigen Beispielen umtut, wobei gewöhnlich kein langes Suchen vonnöten ist. Am 8. Dezember fanden in Stuttgart Gemeinderatswahlen statt, wobei die bürgerlichen Parteien zusammen acht, die Sozialdemokraten sechs Mann durchbrachten. Enttäuschte dieser Ausgang schon die Erwartung der letzteren im allgemeinen, so erregte es großen Lärm in der Partei, als die Beschuldigung einer Fälschung des sozialdemokratischen Zettels für die Verhältniswahl hinzutam. Man hatte fünf radikale Kandidaten mit je zwei, vier revisionistische mit einer Stimme vorgeschlagen und einige in Reserve gelassen. Eine Zuschrift aus Stuttgart an den „Vorwärts" schildert nun den weiteren Hergang folgendermaßen: „Gegen die fünf mit je zwei Stimmen bedachten Parteigenossen setzte sofort nach der Auffüllung eine wütende Hetze ein. Die Parteileitung sah sich schließlich gezwungen, gegen dieses Treiben öffentlich Stellung zu nehmen. Die von ihr veröffentlichte Erklärung stachelte aber die Gegner nur zu neuen schweren Beschimpfungen an. Es mag ein Fehler der Parteileitung gewesen sein, daß sie nicht kurz und bündig die Gründe dargelegt hat, die in der Vertrauensmännerversammlung gegen die Wahl der angeblich vorgewaltigten „Revisionisten" geltend gemacht worden waren. Einige Tage vor der Wahl wurde in der bürgerlichen Presse ein Gegenvorschlag gegen den offiziellen Wahlvorschlag der Partei veröffentlicht. Es gelang der Parteileitung festzustellen, daß ein der Partei nicht angehöriger Buchdrucker bei diesem Stücklein beteiligt war. Andern Tags wurde jedoch bekannt, daß der eigentliche Urheber ein Parteigenosse war, der den Stimmzettel auch an ein Parteiorgan eingesandt hatte. Das Beigeschriebenen trug eine gefälschte Unterschrift. Währenddes ging die Hetze munter weiter. Am Abend vor der Wahl wurden nun in allen größeren Betrieben Stuttgarts durch gewerkschaftliche Vertrauensleute Stimmzettel zur Verteilung gebracht, die, mit der Aufschrift des offiziellen Parteizettels versehen, eine andere Kumulierung enthielten als der Parteizettel. Die drei an erster Stelle stehenden Genossen sind vollständig gestrichen, die beiden folgenden mit je einer Stimme belassen, die letzten vier jedoch mit je drei Stimmen bedacht. Zur Anfertigung dieses gefälschten Zettels hat man einen offiziellen Zettel erst derart verändert, dann photographiert und den Druck mit Klischees bewerkstelligt. Ein Teil der Vertrauensleute, die den Schwindel merkten, hat diese Fälschungen der Parteileitung zugestellt, der andere Teil hat sie ausgegeben, wohl ohne sich sofort der Fälschung bewußt zu sein. Die Parteileitung bemühte sich, nach am Wahltage die Arbeiterschaft über das Stückchen aufzuklären durch Plakate und Flugblätter; leider war das nicht überall mehr möglich. Ob die Aussetzung einer Belohnung von 100 ℳ für die Feststellung des Fälschers Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten." — Erbittert fügt die „Leipziger Volkszeitung" hinzu: „Der skandalöse Disziplinbruch ist so ziemlich das Schmählichste, was jemals von Parteigenossen gegen die eigene Partei verübt worden ist. Angesichts der Tatsache, daß die Adressen der Vertrauensmänner der Gewerkschaften benutzt worden sind, verfagt die Ausrede, daß Gegner der Partei die Fälschung ins Werk gesetzt haben. Hier sind Parteigenossen im Spiel, das ist klar. Ob man diese braven Genossen fassen wird, steht allerdings dahin — die ganze Art ihres Vorgehens zeigt, daß sie vorziehen, im Dunkeln zu bleiben. Jedenfalls muß die Spur, die durch die Benutzung der Adressen gewerkschaftlicher Vertrauensleute gegeben ist, energisch verfolgt werden. Schlimmer noch als die Fälschung der Stimmzettel ist übrigens der Disziplinbruch, den die über 5000 Wähler durch die Abgabe abgeänderter Stimmzettel begangen haben. Man kann doch wohl nicht annehmen, daß diese 5000 sich allesamt durch die gefälschten Zettel haben täuschen lassen. Die große Zahl beweist doch wohl die bewußte Absicht!" — Sollte auch diese Annahme des Blattes zutreffen, so läge noch immer kein Grund zur Erregung vor. Die Fünftausend wären dann eben Leute im strengen Sinne des sozialdemokratischen Aufrufs zu den Reichstagswahlen.

Rundschau im Auslande.

Das österreichische Abgeordnetenhaus

nahm am Freitag das von der Regierung vorgelegte sechsmonatige Budgetprovisorium mit 276 gegen 180 Stimmen an. Ein Antrag, das Provisorium auf vier Monate zu bewilligen, wurde abgelehnt. In dem Budgetprovisorium wird die Regierung zur Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 177 Millionen Kronen ermächtigt; davon sind rund 130 Millionen für Eisenbahninvestitionen und 20 Millionen für die Ausgestaltung des Telephonwesens eingestellt. Ein Resolutionsantrag des alldeutschen Abgeordneten Malik, in dem die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen das bisher bestehende Verbot der Wiedervereinführung katholischer Geschlechter aufgehoben wird, wurde in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 167 Stimmen abgelehnt.

Nach Erledigung des Budgetprovisoriums beantwortete Ministerpräsident Graf Stürgkh die Interpellationen über den Rücktritt des früheren Generalstabschefs Freiherrn Conrad von Hötzendorf und die daran gekmüpften Fragen der auswärtigen Politik.

Der Ministerpräsident konstatierte zunächst, daß der Träger der Krone ein durch die Verfassung ihm ausschließlich vorbehaltenes Recht habe, als oberster Kriegsherr die Person des Chefs des Generalstabes, ebenso wie alle anderen militärischen Funktionäre nach seinem Ermessen auszuwählen. Der Rücktritt des Freiherrn Conrad von Hötzendorf sei übrigens keineswegs auf Ursachen zurückzuführen, wie sie in verschiedentlichen, insbesondere auch auf Fragen der auswärtigen Politik angespielenden publizistischen Erörterungen angenommen wurden. Die Regierung ist, so fuhr Graf Stürgkh fort, in der Lage zu erklären, daß die Grundlagen der äußeren Politik der Monarchie, wie sie seit Jahren wiederholt durch den Minister des Aeußern vor den Delegationen sowie durch meine Amtsvorgänger vor den beiden Häusern des Reichsrats unter der Zustimmung dieser Körperschaften dargelegt wurden, auch heute unverändert fortbestehen. Ich muß es bei diesem Anlaß neuerlich mit allem Nachdruck zurückweisen, wenn in der Interpellation der Sozialdemokraten die Behauptung, als ob in einflußreichen Kreisen angeblich gewisse gegen diese traditionelle Politik gerichtete Strömungen vorhanden wären, dazu benützt wird, ein Mitglied des Kaiserhauses auf höchst unparlamentarische Weise in die Debatte zu ziehen. Ich betone ferner nachdrücklich, daß die maßgebenden Faktoren, denen die Sorge für die Wehrfähigkeit der Monarchie anvertraut ist, über die in dieser Richtung zu treffenden Maßnahmen sich in vollkommenstem Einvernehmen befinden. Schließlich möchte ich noch gegenüber einzelnen Ausführungen der Interpellanten mit aller Bestimmtheit erklären, daß die auswärtige Lage gegenwärtig keinerlei Momente aufweist, welche uns der Verpflichtung enthoben würden, die auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Politik der Monarchie mit ruhiger Festigkeit und mit gebotener Folgerichtigkeit des Handelns auch weiterhin zur Geltung zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Der Sozialdemokrat Seitz beantragte, über diese Interpellationsbeantwortung die Debatte zu eröffnen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

* * *

Wien, 15. Dezember. Dem Abgeordnetenhause ist ein Dringlichkeitsantrag der Polen zugegangen, in dem das Auswärtige Amt aufgefordert wird, bei den Signatarmächten der Wiener Kongreßakte von 1815 zur Wahrung der nunmehr durch die russische Regierung gefährdeten Unantastbarkeit der Grenzen von Kongreßpolen Schritte einzuleiten. — Wie die „Wien. Korrespondenz" erfährt, hat der Polenklub gegen die Ausschreibung des Gouvernements Cholm aus dem Königreich Polen eine Protestkundgebung beschlossen. Gleichzeitig habe der Polenklub die Bevölkerung von Galizien aufgefordert, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

Die serbische Skupschtina

hat am Freitag das Budget des Ministeriums des Aeußern angenommen. Im Laufe der Debatte hatte der Ministerpräsident-Ministerpräsident auf die Ausführungen des Vorredners Novakowitsch, des Führers der